


Dezember 2017

WPZ

Wirtschaftspolitisches Zentrum
Ein Kompetenzzentrum der FGN-HSG, Universität St. Gallen

Forschung und Kommunikation auf Spitzenniveau für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft



**Das WPZ wünscht Ihnen
fröhliche Festtage und viel Erfolg
im neuen Jahr!**

Liebe Freunde und Interessenten

Sie haben eben die zehnte Ausgabe des Newsletters des Wirtschaftspolitischen Zentrums erhalten. Es würde uns freuen, wenn unsere Arbeit Ihr Interesse weckt. Bitte empfehlen Sie uns weiter und lassen Sie diese Nachricht anderen Interessenten zukommen, damit wir diese ebenfalls in den Verteiler aufnehmen können. Bitte nutzen Sie die automatische An- und Abmeldung am Ende dieser Mail oder senden Sie eine kurze Email an office@wpz-fgn.com.

Mit freundlichen Grüßen, Christian Keuschnigg

EDITORIAL

Das Wirtschaftspolitische Zentrum (WPZ) ist dem Wissenstransfer von der Wissenschaft in die wirtschaftspolitische Praxis gewidmet. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der modernen Theorie und empirischen Forschung sollen zugänglich aufbereitet und kommuniziert werden, damit sie von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit wahrgenommen und genutzt werden und für die politische Entscheidungsfindung Relevanz entwickeln können.

Im neuen WPZ-Newsletter informieren wir Sie über aktuelle Studien, Politikanalysen und wirtschaftspolitische Kommentare des WPZ und über neue Ergebnisse der internationalen Forschung. Informieren Sie sich laufend über die Aktivitäten des WPZ auf www.wpz-fgn.com.

POLITIKANALYSE

Die Erkenntnisse und Ergebnisse der modernen Theorie und empirischen Forschung werden von ausgewiesenen Forschern zugänglich aufbereitet, damit sie von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit wahrgenommen und genutzt werden und in weiterer Konsequenz in der politischen Entscheidungsfindung Relevanz entwickeln können.

Das Projekt EDIS einer Europäischen Einlagensicherung (European Deposit Insurance System) soll die Bankenunion vervollständigen. Welchen Beitrag kann EDIS zur Finanzstabilität in der Eurozone leisten? Müssen die Sparer in Österreich und in den sicheren Häfen der Eurozone für die Risiken im Süden Europas zahlen? Wie müsste eine europäische Einlagensicherung ausschauen, damit sie die Finanzstabilität wesentlich stärken, aber gleichzeitig eine unkontrollierte Umverteilung in Europa vermeiden kann? Lesen Sie mehr dazu in der neuen Politikanalyse von Christian Keuschnigg und Hannah Winterberg:

Politikanalyse Nr. 15: Welche Europäische Einlagensicherung?

[PDF](#), 01.10.2017, Christian Keuschnigg und Hannah Winterberg, Universität St. Gallen, WPZ

KOMMENTARE

In laufenden Kommentaren steuert das WPZ wichtige Argumente zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragestellungen bei, um die Diskussion mit den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit auf eine informierte Basis zu stellen.

Wird die gemeinsame Europäische Einlagensicherung tatsächlich die Finanzstabilität in der Eurozone erhöhen? Oder ist es bloss der Versuch, die Banken und Sparer in den stabilen Ländern für die Risiken anderswo zahlen zu lassen? Kann eine nationale Einlagensicherung mit einer zentralen Rückversicherung nicht das gleich leisten? Informieren Sie sich anhand des neuen Kommentars von Christian Keuschnigg:

Kommentar Nr. 18: Europäische Einlagensicherung richtig konstruiert?

[PDF](#), 02.10.2017, Christian Keuschnigg, WPZ

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DEBATTE

Eine intensive Diskussion mit Pro und Kontra schärft die Argumente und ermöglicht informierte Entscheidungen.

Europäische Einlagensicherung für nationale Bankkunden

Die gemeinsame Europäische Einlagensicherung soll die Bankenunion vervollständigen und mehr Finanzstabilität in der Eurozone bringen. Ist das Projekt richtig konstruiert? Müssen die Banken und Sparer in Österreich und Deutschland für die Altlasten im Süden zahlen? Könnte eine nationale Einlagensicherung mit einer zentralen Rückversicherung nicht dasselbe leisten, ohne dass zur regionalen Umverteilung verkommt, was eine faire Versicherung sein sollte? Nach dem Impulsreferat von **Christian Keuschnigg** (WPZ und Universität St. Gallen) moderiert **Christine Kary**, Die Presse, die Podiumsdiskussion mit **Petra Leupold**, Leiterin der VKI Akademie und Lektorin für Verbraucherrecht an der Universität Wien, **Harald Podoschek**, Board Member European Forum of Deposit Insurers (EFDI),

Nicolas Raschauer, Lehrstuhlinhaber für Bank- und Finanzmarktrecht, Universität Liechtenstein, und **Franz Rudorfer**, Geschäftsführer Bundessparte Bank & Versicherung der WKO. Informieren Sie sich anhand der [Vortragsfolien](#) und sehen Sie den [Filmbeitrag](#). Mehr über Pro und Kontra erfahren Sie in der [WPZ Analyse Nr. 15](#) und im [Kommentars Nr. 18](#). Lesen Sie auch den Bericht in [Die Presse](#).

IN DEN MEDIEN

Mit Leitartikeln, Gastkommentaren und Interviews übersetzen wir die Einsichten aus unserer Forschung und Politikberatung für die breite Öffentlichkeit und nehmen Stellung zu drängenden Fragen der Wirtschaftspolitik.

Wozu eine europäische Einlagensicherung?

[PDF](#), 14.12.2017, Börsen Kurier

Die Einlagensicherung erhält das Vertrauen der Sparer und legt den Anker für ein stabiles Bankensystem. Bringt der Übergang zu einer europäischen Einlagensicherung einen Fortschritt?

Soziale Teilhabe: Wo steht Österreich?

[PDF](#), 13.12.2017, Trend Online

Österreich hat einen ausgebauten Sozialstaat. Alterung, Zuwanderung, Innovation und Globalisierung stellen das Erreichte in Frage. Kann die Politik den Sozialstaat sichern?

KURZ UND POPULÄR

Wirtschaftspolitische Zusammenhänge sind komplex, aber der Leser braucht es kurz und populär. Die Beiträge erscheinen im Expertenforum der Kronenzeitung, der meist gelesenen Tageszeitung Österreichs.

Wozu brauchen wir Banken?

25.11.2017

Stellen Sie sich vor, die Banken sperren zu. Was würde passieren? Lesen Sie den neuen Beitrag in der Reihe [Kurz und Populär](#).

Leistbares Wohnen

25.09.2017

Staat und Privat müssen zusammenspannen, damit Wohnen leistbar bleibt. Lesen Sie mehr in der Reihe [Kurz und Populär](#).

FORSCHUNGSNACHRICHTEN

Mit der Initiative „Next Generation“ ermutigt das WPZ die wissenschaftlichen Nachwuchstalente, die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über neue Erkenntnisse der Wissenschaft zu informieren. Die besten Studierenden fassen die wichtigsten Ergebnisse von ausgewählten Publikationen in führenden wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften zusammen.

Nr. 28: Kann Steuerwettbewerb die Politik zähmen?

[PDF](#), 12.12.2017, Theresa Goop, Studentin im Master in Economics, stellt neue Forschungsergebnisse zum Einfluss der direkten Demokratie auf die Finanzpolitik der Gemeinden vor. Welchen Einfluss hat die direkte Demokratie auf die Finanzpolitik der Gemeinden? Kann der Steuerwettbewerb einen Mangel an direkt-demokratischer Kontrolle ausgleichen und die Politik zähmen?

Nr. 27: Familienpolitik auf dem Prüfstand

[PDF](#), 08.12.2017, Corinne Knöpfel, Studentin des Master in Quantitative Economics and Finance, berichtet über neue Forschungserkenntnissen zur Familienpolitik. Wie gelingt es, Beruf und Familie in Einklang zu bringen? Was kann man aus 100 Jahren Familienpolitik in der industrialisierten Welt lernen?

Nr. 26: Ist die Industrie ein Opfer des eigenen Erfolges?

[PDF](#), 21.11.2017, David Bader, Student im Master in Quantitative Economics and Finance, erklärt in dieser Forschungsnachricht wie Unternehmen den Strukturwandel meistern. Innovation verlangt nicht nur den Arbeitnehmern neue Qualifikationen ab, sondern auch den Unternehmen eine Neuausrichtung ihrer

Geschäftsmodelle. Wie meistern die Unternehmen diese Herausforderung?

SCHNELLER INFORMIERT

Die Neuigkeiten aus dem WPZ finden Sie jetzt laufend und ganz aktuell auf Facebook in Ihrem Newsfeed.



WPZ RESEARCH WIEN

Das WPZ Research ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Forschungsinstitut in Wien. Es besteht eine aktive Kooperation mit dem WPZ, ein Kompetenzzentrum der Universität St. Gallen (FGN-HSG), auf den Gebieten Innovation, Hochschulforschung, Unternehmensentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Erfahren Sie mehr über [WPZ Research](#).

Volkswirtschaftslehre studieren in St. Gallen, informieren Sie sich [hier](#).

KONTAKT

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Initiativen aktiv unterstützen und das WPZ weiterempfehlen. Informieren Sie sich auf www.wpz-fgn.com und kontaktieren Sie uns unter office@wpz-fgn.com oder:

WPZ - Wirtschaftspolitisches Zentrum - Wien
c/o Konrad & Partner
Rotenturmstrasse 13 (Eingang via Ertlgasse 2)
A-1010 Wien, Österreich
Tel.: + 43-699-10494150

Wirtschaftspolitisches Zentrum - St. Gallen
Universität St. Gallen, FGN-HSG
Varnbühlstrasse 19
CH-9000 St. Gallen, Schweiz
Tel.: +41 71 224 2174